

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Erbküchler in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 3

Erstheft jeden Mittwoch Redaktionschluss Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro dreigespaltene Petitzeile Mk. 1, für die Zeilen 30 Pfg.

## Internationale Vereinigung der Verbände der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen.

Anschließend an den österreichischen Verbandstag in Wien fand eine Sitzung des Internationalen Sekretariats mit dem Beiratsrat, um die Frage der Zeit und des Ortes des nächsten internationalen Fachkongresses zu beraten. Genosse Anders Sjöstedt, Stockholm, konnte leider wegen der Lohnbewegungen in seinem Lande zu der Sitzung nicht erscheinen, hatte aber schriftlich sein Einverständnis mit den Beschlüssen der Tagung im voraus erklärt. Es wurde beschlossen:

1. Der nächste internationale Kongress der Verbände der Bäcker, Konditoren, Keks-, Teigwaren-, Schokoladen- und Zuckerwarenarbeiter und -arbeiterinnen findet im Anschluß an den Verbandstag des holländischen Bruderverbandes Anfangs August in Amsterdam statt.
2. Es ist dringend erwünscht, daß die Delegierten der verschiedenen Landesverbände auch schon an dem Verbandstage des holländischen Bruderverbandes anlässlich seines fünfundzwanzigjährigen Bestehens teilnehmen.
3. Zum internationalen Kongress hat jeder Landesverband bis zu 2000 Mitgliedern je 1 Delegierten, bis zu 5000 Mitgliedern je 2 und auf jede weiteren 5000 Mitglieder 1 Delegierten mehr zu entsenden.
4. Es ist dringend erwünscht, daß man sich in den Leitungen der Verbände schon jetzt mit den Aufgaben unseres internationalen Kongresses beschäftigt und eventuell zu stellende Anträge berät.
5. Die genaue Zeit der Tagung, desgleichen die Punkte der Tagesordnung, werden in aller nächster Zeit durch Zirkular den Landesverbänden bekanntgegeben.

Der internationale Sekretär.  
O. Allmann.

## Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft für das Bäcker- und Konditorgewerbe.

Was vor Jahresfrist von uns noch für unmöglich gehalten, scheint nach allen vorliegenden Anzeichen Tatsache zu werden. Wir konnten in Nr. 26 von der Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie berichten. Nach der veröffentlichten Gruppeneinteilung kommt unsere Organisation für die Zucker verarbeitenden Industrien und die Teigwarenindustrie in Gruppe 5 und für das Bäcker- und Konditorgewerbe in Gruppe 10 in Frage.

In letzterer Gruppe haben bereits Aussprachen der Organisationsvertreter stattgefunden. Man ist dort bereits zu der praktischen Arbeit gekommen, daß Entwürfe für die Satzungen ausgearbeitet wurden. Die Haupttriebfeder der Arbeitsgemeinschaft ist wohl das Zusammenwirken aller wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei dem Wiederaufbau des arg daniederliegenden Gewerbes. Vom Unternehmertum wurde eingesehen, daß es ihm allein nicht gelingen wird, und die

Arbeiter sind insofern auf das Zusammenarbeiten mit letzterem angewiesen, weil vielerlei Fragen vorliegen, die im Handumdrehen auch von diesen nicht erledigt werden können. Wir erinnern nur an das katastrophal ausfallende Lehrlingswesen. Wenn hier nicht von beiden Seiten alles Können und Wissen eingesetzt wird, dann nützen uns die besten Vorsätze und die radikalsten örtlichen Maßnahmen nichts. Die Lehrlingszuchterei kann nur dann eingeschränkt werden, wenn einheitliche Grundsätze für das ganze Reich erlassen werden und von beiden Seiten für die Einhaltung Sorge getragen wird. Solche Vorkommnisse, daß Unternehmer 2 und 3 Lehrlinge hatten und keinen Gehilfen beschäftigten, müssen sobald wie nur möglich verschwinden. Hier darf nicht gewartet werden, bis sich die Behörden zu zweckentsprechenden Maßnahmen aufschwingen, es muß von den Interessenten jetzt schon mit starker Hand eingegriffen werden. Mit dieser Frage steht auf das engste in Verbindung die Einstellung der arbeitslosen Kollegen. Solange jedoch ersteres Problem nicht gelöst ist, wird die Arbeitslosigkeit nicht vermindert werden können.

Um nun alles das zu erreichen, bedarf es der Errichtung einer Zentralstelle, nennen wir sie Arbeitsgemeinschaft. Sie muß sich bei den Behörden und der Regierung das Mitbestimmungsrecht in allen solchen Fragen sichern, wo das Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen wird. Darunter verstehen wir die Verteilung der Rohstoffe, die Zuweisung von Arbeitsaufträgen und so vieles andere.

Eine der wichtigsten Aufgaben wird der Arbeitsgemeinschaft durch die Regelung von Kollektivverträgen überlassen. Sie wird aber auch die schwierigste sein. In anderen Berufen, wo man auf dem Gebiete des Tarifwesens viel weiter ist, sind die Schwierigkeiten zum großen Teil schon überwunden. Uns aber stehen sie infolge der großen Unterschiede in den Löhnen zwischen Stadt und Landorten noch bevor. Es würde ein Kollektivvertrag nicht möglich sein, der den Kollegen in den Großstädten eine Lohnkürzung bringen würde, wie auch umgekehrt die Löhne in den Großstädten nicht generell für alle Landorte im Reich festgelegt werden können. Von unsern Vertretern muß daher ein Reichstarif mit einem starken Lohnsystem als ungewöhnlich zurückgewiesen werden. Wenn schon etwas Brauchbares geschaffen wird, dann soll die Arbeitsgemeinschaft aus der Geschichte des Tarifvertrages Lehren ziehen und das Beste ausarbeiten. Nur so versprechen wir uns von der Arbeitsgemeinschaft eine nutzbringende Arbeit für das Gesamtgewerbe.

Im Lande sind die Kollegen nicht überall mit der Errichtung von Arbeitsgemeinschaften einverstanden. Sie befürchten, daß durch zentrale Abmachungen die Kollegen örtlich am Aufstieg gehindert werden und vertreten die Meinung, durch die örtlichen Bewegungen könne man viel rascher zum Ziele zur Sicherung einer auskömmlichen Lebenshaltung. Die Kollegen müssen aber einen schwachen Glauben an die Organisation haben, wenn sie derartige Befürchtungen vertreten. Unsere Verbandsvertreter können in der Arbeitsgemeinschaft nur nach dem Grundsatz handeln, daß sie die Ansicht der Verbandsmitglieder vertreten und sich um ihre Verwirklichung einsetzen. Sollten uns Bestimmungen aufgenötigt werden, die gegen unsere Grundsätze verstoßen, so wird nach sofortigen Vertrauen in der Kollegenchaft zu ihren Vertretern vorhanden sein, daß diese darauf nicht eingehen werden. Die Beschlüsse in der Arbeitsgemeinschaft können nur dann nutzbringend wirken, wenn sie von beiden Seiten anerkannt werden.

## Der Sozialisierung der Bäckerei.

Vor einigen Wochen brachte die Sozialisierungskommission einen Entwurf heraus, der unter anderem auch die Kommunalisierung des Lebensmittelgewerbes vorsieht, so auch des Bäckergewerbes.

Es ist nun für uns, in diesem Gewerbe Beschäftigten, von größtem Interesse, mit dieser Angelegenheit uns ernstlich zu beschäftigen. Wie nun der Verlauf der Revolution auch sein wird, das eine ist sicher: Ein Rückwärts gibt es nimmer, und auf dem beschrittenen Wege wird weiter gegangen werden und gegangen werden müssen. Ich glaube, daß in Kollegentreisen sich wenige mit dem Entwurf in erster Reihe beschäftigen haben, und trotzdem stehen wir heute schon so weit, daß einzelne Gemeinden dazu übergehen werden, diesen Schritt zu tun. Die neuzeitlichen Wahlen zu den Gemeindeparlamenten haben vielfach eine sozialistische Mehrheit ergeben, und was liegt näher, als daß dort, wo die Verhältnisse dazu angetan sind, sofort mit dem Bäckehandwerk angefangen wird.

Es ist nun gar nicht zu entschuldigen, daß eine Regierung, die zur Mehrheit sozialistisch ist, oder sein will, bei Verhandlungen über diesen Entwurf wohl die Arbeitgeber zuzieht, aber nicht die Arbeitnehmer. Darüber wird noch extra ein Wort zu sagen sein. Nigends, in keinem Gewerbe, ist die Sozialisierung leichter und einfacher durchzuführen als im Bäckergewerbe. Ja, man kann sagen, daß die Vorbedingungen dazu in keinem Gewerbe vollständiger sind, und zwar ermöglicht durch die Kettengewirtschaft. Die Bäckereimeister sind heute zum größten Teil bloß mehr Angestellte der Gemeinde. Soweit diese nicht noch Mehl aus dem Schleishandel verarbeiten, sind sie es vollständig. Der Preis ist schmachhaft festgesetzt, der des Mehles, der des Brotes. Es fehlt bloß noch eines, die Regelung der Arbeiterlöhne durch die Gemeinde. Aber jenseit hat man noch nicht gedacht, wird es aber müssen in der Zukunft. Wie stellen wir uns nun die Kommunalisierung vor? Welche Vor- und Nachteile haben wir davon? Ich denke mir die Sache so: Es ist ein Unterschied zwischen kleinen Gemeinden zu machen und zwischen großen Gemeinden.

In einer kleinen Kommune, vielleicht ein kleines Städtchen, wird die Backwarenproduktion von der Gemeinde selbst übernommen und die verschiedenen Bäckereimeister übernehmen in ihren bisherigen Läden die Brotverteilung. Die Gehilfen werden in die neu zu errichtende moderne Bäckerei mit übernommen. In Industriegegenden mit vielen zusammenhängenden kleineren Gemeinden wird für diese Gemeinden ein Zweckverband für Lebensmittelversorgung gegründet und etwaige größere moderne Privatbetriebe werden übernommen für die Produktion. Das Verteilungssystem ist dasselbe, auch die Gehilfen der Kleinbetriebe werden übernommen. In Bezirken mit Genossenschaften wird die ganze Brotversorgung den Genossenschaften übergeben und die Konsumanten sind gezwungen, ihr Brot aus diesem Betrieb zu entnehmen. Die Kleinbetriebe sind als Produktionsbetriebe ausgeschlossen und abzuführen, eventuell als städtische Brotverteilungsstellen zu halten. Warum, wird nun mancher fragen, den Genossenschaften eine Ausnahmebehandlung? Weil die Genossenschaften gewissermaßen die Keimzellen des praktischen Sozialismus sind. Genossenschaft ist nichts anderes als wirtschaftlicher Sozialismus, und durch Zusammenfassung aller Kräfte müssen wir zuerst wirtschaftlich uns durchringen, weil bloß Zusammenfassung aller Kräfte uns Vorteil bringen kann. Was hat ein Kleinmeister, mit Behälter und Dienstmagd im Betrieb, für ein Interesse an der Neugestaltung der Verhältnisse? Gar keine! Weil er nur durch mögliche Ausnutzung dieser Arbeitskräfte mehr verdienen will. Welches Interesse haben wir und die Konsumanten aber an der Kommunalisierung? Ausschaltung aller überflüssigen Arbeit im Bäckerberuf. Vereinfachung des Backprozesses. Saubere, einwandfreie Herstellung der Backwaren. Unstündige Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Unabhängiges Arbeitsverhältnis. Vollständige persönliche Freiheit. Die Bäckereimeister werden natürlich schreien: Wo bleibt der Mittelstand? Ja, der Mittelstand, der die alte Regierung unterstützte, Deutschland zu ruinieren. Der Mittelstand, der immer ein Mahlfeller der Reaktionen war und bleibt. Hinweg mit diesem Mittelstand! Ein neuer Mittelstand, der bessere Existenzverhältnisse hat, wird durch die Kommunalisierung entstehen. Der Bäckereiarbeiter auf dem Lande muß nach seiner Arbeitszeit, neben der Arbeit in der Landwirtschaft, noch Zeit finden, sich weiterzubilden und in schreibendem Sinne zu betätigen. Eine neue Zeit, ein neues Geschlecht, ein neuer Geist muß entstehen. Das ist in unserem Gewerbe nur durch Beiseitechieben des Veralteten und Überleben möglich. Deshalb sind wir froh, wenn bald überall das Bäckehandwerk kommunalisiert wird.

Vorstehende Ausführungen aus Kollegentreisen sind uns auch schon vor längerer Zeit zugegangen, mußten aber Raum mangels wegen immer wieder zurückgestellt werden. D.R.

### tariffabschlüsse und Lohnvereinbarungen.

#### Bäcker.

**Bezirk Danzig.** Vereinbarung zu dem bestehenden Tarif mit der Bäckervereinigung, Bromberg. Befreiung einer wöchentlichen Feuertagezulage zu den Tariflöhnen für Verheiratete M. 18 und für Ledige M. 10.

**Bezirk Breslau.** Tarif mit Bäckervereinigung, Striegau. Arbeitszeit täglich 8 Stunden ohne Pause, bei 2 Schichten mit Pause. Mindestlohn M. 35 bis M. 45. Bezahlung des Lohnes bei Krankheiten von 3 Tagen bis 2 Wochen. Tarifamt.

**Bezirk Berlin.** Schiedsgericht zu bestehendem Tarif mit der Bäckervereinigung, Steglitz. Feuertagezulagen von M. 25 bis M. 32,50.

**Bezirk Hamburg.** Tarif mit Intendantur des IX. B. A. für die Beschäftigten in 6 Militärbäckereien. Mindestlohn M. 80 bis M. 100. Bezahlung der Überstunden mit M. 2,25. Ferien 1 Woche. Bezahlung des Lohnes bei Krankheiten für 5 Tage bis 1 Woche.

**Bezirk Kiel.** Tarif mit Bäckervereinigung, Neumünster. Arbeitszeit täglich 8 Stunden; in Betrieben mit 2 Schichten einschließlich einer halben Stunde Pause. Mindestlohn M. 58 bis M. 63. Überstunden M. 1,50. Sonntagsarbeit M. 2,25 pro Stunde. Ferien 1 bis 2 Wochen. Bezahlung des Lohnes bei Krankheiten für 3 Tage bis 4 Wochen. Tarifamt.

**Bezirk Bremen.** Tarif mit Bäckervereinigung, St. Anthoni. Arbeitszeit täglich 8 Stunden einschließlich einer halben Stunde Pause. Mindestlohn M. 70 und M. 80. Entschädigung für Lehrlinge M. 2 bis M. 6. Überstunden mit 25 und Sonntagsarbeit mit 50 v. H. Zuschlag. Ferien 1 bis 2 Wochen. Bezahlung des Lohnes bei Krankheiten für 3 Tage bis 3 Wochen. Tarifamt.

**Bezirk Leipzig.** Erhöhung der Tariflöhne in den Brotfabriken und der Konsumbäckerei Leipzig von M. 72 auf M. 90. Tarifabschluß mit der Bäckervereinigung in Grimma. Mindestlohn M. 45 bis M. 55. Ferien 1 bis 2 Wochen.

**Bezirk Dresden.** Tarif mit Proviantamt Meise. Arbeitszeit täglich 8 Stunden einschließlich einer halben Stunde Pause. Wochenlohn M. 80 bis 100. Bezahlung der Überstunden mit M. 2 und der Sonntagsarbeit mit M. 3 pro Stunde. Ferien 7 bis 14 Tage. Bezahlung des Lohnes bei Krankheiten für 1 bis 4 Wochen. Tarif mit der Bäckervereinigung der Amtshauptmannschaft Zittau. Erhöhung des Wochenlohnes um M. 11.

**Bezirk Bielefeld.** Tarif mit der Bierfabrik Koch, Drenthausen. Arbeitszeit täglich 8 Stunden einschließlich einer halben Stunde Pause. Mindestlohn M. 75,50 und M. 67,50 für Bäcker. M. 58 für Hilfsarbeiter und M. 42 für Arbeiterinnen. Überstunden mit 25 und Sonntagsarbeit mit 50 v. H. Zuschlag. Vereinbarung zu dem bestehenden Tarif mit dem Konsumverein Lemgo. Mindestlohn für Bäcker M. 62, Hilfsarbeiter M. 60 und Arbeiterinnen M. 30. Tarif mit Hanna Müller, Gerford. Mindestlohn M. 41.

**Bezirk Osnabrück.** Tarif mit Bäckervereinigung, Reddinghausen. Arbeitszeit täglich 8 Stunden ohne Pause. Mindestlohn M. 72 bis M. 90. Bezahlung der Überstunden und Sonntagsarbeit mit 25 beziehungsweise 50 v. H. Zuschlag. Ferien 1 bis 2 Wochen. Schlichtungsinstanz, Jahreshöhe. Tarif mit Bäcker- und Konditorenvereinigung, Hamburg-Marsch. Arbeitszeit täglich 8 Stunden ohne Pause. Mindestlohn M. 80 bis M. 90. Überstunden und Sonntagsarbeit mit 25 beziehungsweise 50 v. H. Zuschlag. Ferien 1 Woche. Bezahlung des Lohnes bei Krankheiten von 3 Tagen bis 1 Woche. Schiedsgericht.

**Bezirk Osnabrück a. N.** Tarif mit Bäckervereinigung, Hemme. Arbeitszeit täglich 8 Stunden ohne Pause. Mindestlohn M. 75. Bezahlung der Überstunden und Sonntagsarbeit mit M. 1,75 beziehungsweise M. 2 pro Stunde. Ferien 3 bis 12 Tage. Bezahlung des Lohnes bei Krankheiten für 3 bis 12 Tage. Tarifamt. Tarif mit der Bäckervereinigung, Solingen. Arbeitszeit täglich 8 Stunden ohne Pause. Mindestlohn M. 68 bis M. 75. Bezahlung der Überstunden und Sonntagsarbeit mit M. 1,75 beziehungsweise M. 2 pro Stunde. Ferien 3 bis 12 Tage. Bezahlung des Lohnes bei Krankheiten für 3 bis 12 Tage. Tarifamt.

**Bezirk Frankfurt a. M.** Lohnerhöhung durch Vereinbarung zu dem bestehenden Tarif mit der Bäckervereinigung, Marburg. Erhöhung des Mindestlohnlohn um M. 12.

**Bezirk Stuttgart.** Tarif mit der Intendantur des IX. B. A. für die Beschäftigten in sämtlichen württembergischen Militärbäckereien. Arbeitszeit täglich 8 Stunden einschließlich einer halben Stunde Pause. Mindestlohn M. 68. Bezahlung der Überstunden und Sonntagsarbeit mit 25 bzw. 50 v. H. Zuschlag. Ferien 14 Tage. Tarif mit der Konsumbäckerei in Ulm. Arbeitszeit täglich 8 Stunden ohne Pause. Mindestlohn M. 65. Bezahlung der Überstunden und Sonntagsarbeit mit 25 bzw. 50 v. H. Zuschlag.

**Bezirk Nürnberg.** Tarif mit Bäckervereinigung, Hof und Umgebung. Arbeitszeit täglich 8 Stunden ohne Pause. Mindestlohn M. 60 und M. 70. Bezahlung der Überstunden und Sonntagsarbeit mit 25 beziehungsweise 50 v. H. Zuschlag. Ferien 3 Tage bis 2 Wochen. Entschädigung für Lehrlinge M. 2,50 bis M. 7,00. Tarif mit Bäckervereinigung, Bamberg. Arbeitszeit täglich 8 Stunden ohne Pause. Mindestlohn M. 50 bis M. 65. Bezahlung der Überstunden und Sonntagsarbeit mit 25 beziehungsweise 50 v. H. Zuschlag. Ferien 3 Tage bis 2 Wochen. Bezahlung des Lohnes bei Krankheiten für 3 bis 14 Tage. Entschädigung der Lehrlinge mit M. 3 bis M. 6 wöchentlich.

**Bezirk München.** Tarif mit der Bäckervereinigung Augsburg. Arbeitszeit täglich 8 Stunden ohne Pause. Mindestlohn M. 60 bis M. 80. Bezahlung der Überstunden und Sonntagsarbeit mit 50 v. H. Zuschlag. Tarif mit Reich, Augsburg. Arbeitszeit täglich 8 Stunden ohne Pause. Mindestlohn M. 60. Bezahlung der Überstunden und Sonntagsarbeit mit 50 v. H. Zuschlag. Schiedsgericht zu bestehendem Tarif mit der Bäckervereinigung, Vöcklabruck. Mindestlohn M. 65 und M. 55. Vereinbarung zu dem bestehenden Tarif mit der Bäckervereinigung, Straubing. Mindestlohn M. 65 bis M. 55.

#### Konditoren.

Bezirk Nürnberg. Tarif mit Konditorenvereinigung, Steglitz. Arbeitszeit täglich 8 Stunden einschließlich einer halben Stunde Pause. Mindestlohn M. 75 bis M. 85. Bezahlung der Überstunden mit M. 2,25 pro Stunde. Ferien 1 Woche. Bezahlung des Lohnes bei Krankheiten für 3 Tage bis 1 Woche.

tagarbeit mit 25 beziehungsweise 50 v. H. Zuschlag. Regelung des Lehrlingslohn. Schlichtungskommission. Tarif mit der Konditorenvereinigung, Würzburg. Arbeitszeit täglich 8 Stunden ohne Pause. Erhöhung des Wochenlohnes um M. 11. Bezahlung der Überstunden und Sonntagsarbeit mit M. 2 pro Stunde.

#### Süßwarenindustrie.

Vereinbarung zum bestehenden Tarif in der Pastetenfabrik, Cassel. Erhöhung des Stundenlohnes durchschnittlich um 25 v. H.

### Die Konditorgehilfen auf dem rechten Wege.

Eine Freude ist es, wenn wir wahrnehmen müssen, wie sich auch in den Kreisen unserer Kollegen im Konditorgewerbe die Erkenntnis durchdringt, etwas Startes als Interessensvertretung zu schaffen. In uns Schritten wurde viel gesündigt. Bis zum Kriegsausbruch wurden wir in dem Glauben gehalten, daß eine gemeinschaftliche Organisation für uns nicht angängig sei, und leider fielen wir auf diese absonderlichen Lebensarten herein. Der Krieg und noch viel mehr die Revolutionszeit öffneten uns die Augen. Da sehen wir mit aller Klarheit, wozu der richtige Weg führt. Nicht Abspaltung von der großen Gewerkschaftsbewegung kann uns die wirtschaftliche Lage in der Gegenwart sichern und eine Zukunft bereiten, die das Elend vor dem Kriege nicht mehr aufkommen läßt, sondern der Anstoß an die härteste und leistungsfähigste Berufsorganisation.

Als wir die ersten Anzeichen gemeinschaftlicher Betätigung in unsern Reihen bemerkbar machten, widerten sich recht ausdrücklich die christlichen und kirchlich-täuferischen Gewerkschaften in den Vereinen der Gehilfenschaft an. Ebenfalls verweigerten sie uns die Hand zu reichen, und als alle Bemühungen nicht zu dem gewünschten Ziele führten, sollte mit Hilfe der Arbeitgeber in Nachbarschaft das Mittel der Kollegen in der Gestalt eines neuen Verbandes von Unernehmern gebildet werden. Der große Wurf ist mißlungen und gescheitert an der Erkenntnis der Gehilfenschaft, die mühsamerweise durch die örtlichen Lohnbewegungen einsehen mußte, daß gute Tarife nur dann verwirklicht werden können, wenn hinter ihnen eine starke Gewerkschaft steht.

Seit der Magdeburger Tagung machte sich in vielen Orten ein großer Umschwung unter den Kollegen bemerkbar. Von diesem Gebilde, halb Fleisch, halb Fisch, haben sie sich fast abgemerdet und die Schwere nach links vollzogen. Mit Ausnahme weniger Großstädte sind jetzt die Gehilfen Mitglieder unserer Zentralverbände. Die Folge davon ist, daß wir nun dort bereits Tarife abschließen konnten oder in Erfolg vertriebenen Unterhandlungen stehen. Dort jedoch, wo diese Erkenntnis noch nicht getroffen ist, harren die Kollegen auch jetzt noch der tariflichen Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Es zeigt sich wieder, wie überall, wenn sich die Kollegen einig sind, daß vieles erreicht werden kann. Damit sind wir aber noch nicht über das erste Stadium der Bewegung hinaus. Es muß noch mehr getan werden, um allen Kollegen den Erwerb und eine auskömmliche Lebenshaltung zu sichern. In Bezug auf die Einstellung der arbeitslosen Kollegen muß noch manches geschehen. Es kommt einem das Herz zusammen, wenn man wieder, wie vor dem Kriege, die vielen Zielgenossen in der Unternehmerrichtung sieht. Die Geldgraben sind es, die förmlich um Arbeit betteln müssen, bei wenig Geld, bei beschämender Anwesenheit. So wird den Kollegen gedankt, die in den langen Jahren Not, Entbehrung und das Ungeheuerliche über sich ergehen lassen mußten. Hier muß die Organisation einziehen, das recht bald die arbeitslosen Kollegen in Arbeit gebracht werden können. Die Lehrlingsgünsterei breitet auch im Konditorgewerbe eine große Fülle. Solche Arbeitgeber, die nur mit Lehrlingen arbeiten, müssen daher gezwungen werden, Gehilfen einzustellen. Im übrigen sollte es auch hier Grundgesetz werden, daß nur in den Betrieben Lehrlinge gehalten werden dürfen, wo Gehilfen beschäftigt sind.

Wir setzen dann weiter vor großen Aufgaben in der Arbeitsgemeinschaft. Es kann dort nur dann für die gesamte Kollegenchaft etwas geschehen, wenn sich allerorts die Gehilfen ihrer modernen Kampfesgewerkschaft anschließen können von unsern Vertretern bei der Beratung über den Abschluß eines Kollektivvertrages die Beweise erbracht werden, daß die Konditoren zum größten Prozentsatz in unserm Verbände Mitglieder sind, dann wird das Ergebnis ganz anders ausfallen, als bei einer solchen Kollegenchaft, die noch abseits der Gewerkschaft steht.

Kollegen! Nehmt Euch ein Beispiel an den Arbeitgebern. Der Verband der Konditoren-Zerungen hat geschlossen seinen Beitritt zum Konditoren-Bund erklärt. Dort besteht also heute schon die Einheitsorganisation. Warum sollen dann noch länger die Gehilfen in vielen lokalen Vereinen oder in sonstigen Verbänden zerstreut sein? Dadurch werden wir in unserer Macht gelähmt und gehindert, durchgreifende Verbesserungen zu erwirken. Nur die Einigkeit wird uns vorwärts und aufwärts führen. Darum bleibt auf dem rechten Wege, und dieser führt in den Zentralverband der Bäcker und Konditoren!

### Bezirkskonferenz der Bäcker in Essen.

Am 29. Juni tagte eine Konferenz der Brotfabrik- und Gewerkschaftsbäcker von Rheinland und Westfalen mit der Tagesordnung: 1. Unsere Lohnbewegung; 2. Orts-, Bezirks- oder Reichstare; 3. Jahreshöhe; 4. Die neue Beitrags-erhöhung und 5. Verschiedenes. Die Konferenz war von 58 Delegierten besucht, die den Kollegen Bonn, Essen, als Leiter betriebl. der mit kurzen Worten auf die erzielte Fortentwicklung des Verbandes im Bezirk und den Hwed der Zusammenkunft hinwies. Zum ersten Punkt referierte Bezirksleiter Wätzer-Essen. Nebenbei zeigte er auf die politische Umwälzung hin und wies nach, daß trotz aller Krisis die Arbeiter einig und geschlossen auch in Zukunft zusammenstehen müssen, wollen sie ihre Erwerbsbedingungen behaupten. Alle Forderungen und Anknüpfungen müssen schärfend werden. Die demokratisierende Wirkung des Krieges müsse ausgewagt werden. Wir müssen zum alten Verhältnis zurückkehren, so daß Treu und Glauben wieder die Oberhand gewinnen. Dies gilt nicht nur für uns im Beruf, sondern für alle. Abgeschlossene Tarife müssen eingehalten werden. So der nächsten Zukunft wird die Kollegenchaft

die Feuertagezulage zu bestreiten haben bei Säulen in Groß- und Kleinbetrieben. Wir stehen im Mittelpunkt der politischen Machtkämpfe; ihnen werden die größten Kämpfe um die wirtschaftliche Macht folgen. Da tut uns die Einheit der geschlossenen Aktion bitter not. Jeder einzelne muß es als seine Pflicht erachten, hierbei tätig mitzuwirken.

In der ausgedehnten, sachlichen Diskussion trugten verschiedene Kollegen das Verhalten der Generalkommission und der sozialdemokratischen Minister, die heute darangehen, des Arbeiters heiligstes Gut, das Koalitionsrecht, durch recht drastische Maßnahmen sowie das Streikrecht zu unterbinden und historisch zu machen. Der Verbandsvorstand soll ein Veto einlegen. Die Arbeitsgemeinschaften wurden als bedeutliche Mittel trüffiert, die dadurch entstehenden Gefahren recht stark betraucht. Kollege Reiter, Essen, suchte diese Abmachungen zu verteidigen sowie die Bedenken zu zerstreuen. Mehrere Redner betonten die Notwendigkeit einer Verbesserung der Löhne. Die anhaltende Steigerung aller Bedarfsartikel lege uns dies harte Gebot auf. Reife, Leitmund, wünscht für technisch gut eingerichtete Betriebe eine Vertiefung der Arbeitszeit, die aber keine große Gegenliebe fand, weil sie jedenfalls große Konflikte schaffen würde.

Beschlossen wird auf Antrag Schmidt, Duisburg: Auf sämtliche bestehenden Löhne einen Zuschlag von M. 30 pro Woche ab 1. Juni zu fordern. Die aus 13 Mitgliedern bestehende Kommission wurde verpflichtet, für diese Forderung unbedingt einzutreten. Die Kollegenchaft steht geschlossen hinter ihnen, um diese Lohnsumme mit allen Mitteln zu erreichen.

Das Referat zum 2. Punkt hatte Reiter, Essen, übernommen. Er schilderte kurz die Entstehung der Tarifbewegung. Hierauf beleuchtete er Licht- und Schattenseiten aller Arten von Tarifen, die aber heute noch ein sehr brauchbares Instrument in der Arbeiterbewegung sind. Zum Schluß plädierte er für einen Reichstare, der als Rahmen für die allgemeinen Bestimmungen gedacht sei, in der Lohnfrage aber Mindestlöhne durch Regelung in den Bezirken vorzuziehen. Schlichtungsweisen und Tarifamt müssen umgestaltet und verbessert werden. Die Tarife seien aber für Genossenschafts- und Privatgroßbetriebe gemeinsam zu schaffen. Eine Heraushebung einer bestimmten Gruppe sei als überholt und schädlich erkannt. In der lebhaften Aussprache geistelten die meisten Redner die bestehenden Reichstare mit den viel zu niedrigen Grundlöhnen, den verhassten Ortszuschlägen, der Umständlichkeit des Schlichtungsverfahrens, und das über den Wollen ironische Tarifamt, dessen Reiziger in ihrer lustigen Höhe gerade in den Lohnfragen das proletarische Empfinden vergessen haben. Mit dem Süßwarentarif habe man die schlechtesten Erfahrungen bei der Agitation gemacht. Ein Tarif im Sinne des Referenten fand große Zustimmung. Man wünschte aber keine Ortszuschläge, sondern feste Löhne. Bezirksleiter Schmidt mit Beziehung von tätigen Kollegen im Bezirk. Gegen eine Stimme fand eine Resolution Annahme, die im Sinne des Referats gehalten war.

Zum dritten Punkt erklärte Born, Essen, daß mit der Mehlfkontingierung nicht schematisch verfahren werden könne. Die Delegierten schilderten ihre mannigfachen Erfahrungen, den Widerstand der Behörden und auch der kommunalen Verwaltungen. In manchen Orten habe man auch gute Erfolge gehabt. Jetzt sei sogar eine Verfügung vom Minister Schmidt erlassen, die unsere Arbeit zu vernichten droht. Trill, Remscheid, ermutigt die Kollegen, sich durch solche Manöver nicht ins Bockshorn jagen zu lassen. Für uns bestimme der Erlaß vom Arbeitsminister. Wenn dieser mit seinen Kollegen aneinander gerate, kann uns dies nicht betreffen. Eine Entschädigung fordert vom Hauptvorstand, daß er Sprüche unternehme, daß den Kollegen in den Fachauschüssen das Kontrollrecht zugestanden werde. Er soll sich beim Ministerium dafür einsetzen, weil verschiedene Behörden dieses strikte verweigern. Eine zweite Resolution an die Bezirksleitung fordert eine baldige Konferenz der Vertreter in den Ausschüssen, deren Notwendigkeit gerade die fruchtbare und anregende Debatte bemerken habe.

Beim vierten Punkt, Urabstimmung und Beitragserhöhung, wurde die Aussprache wegen der vorgerückten Zeit sehr abgekurzt. Man verurteilte allgemein das Galopp tempo. Eine diesbezügliche Resolution wurde gegen 3 Stimmen angenommen. Unter Verschiedenem machte noch ein Kollege die Mitteilung, daß sich Christen und Gelbe jetzt in Berlin in trauriger Eintracht gefunden hätten, ein Vorgang, der von uns sehr beachtet werden müsse. Mit einem kurzen Schlusswort, in dem er wünschte, daß diese Konferenz und ihre Beschlüsse der Organisation reichen Segen, den Kollegen aber neuen Mut und scharfe Waffen geben möge, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die von einem guten Geiste belebte Konferenz.

### Verbandsstag des Bäcker- und Konditoren-Verbandes Oesterreichs in Wien am 23. und 24. Juni.

Während die früheren Tagungen dieses Verbandes von 5 verschiedenen Nationalitäten besucht waren, konnten zu diesem Verbandsstake nur noch deutschsprechende Kollegen als Delegierte des Verbandes vertreten sein. Außer den Mitgliedern der Verwaltung waren 28 Delegierte anwesend. Der internationale Sekretär Almann übermittelte die Grüße des Internationalen Sekretariats, und besonders noch des deutschen, schwedischen, dänischen, norwegischen, holländischen und Schweizer Verbandes, welche alle durch Delegierte vertreten sein wollten, was ihnen aber durch die vielen Lohnbewegungen in eignen Lande unmöglich war. Almann wies darauf hin, daß unsere internationale Verbindung noch existiere und daß zu hoffen sei, daß auf unsern nächsten internationalen Kongreß auch die Verbände der Länder mit vertreten sein würden, die mit den Mittelmächten im Kriege gekonnt haben. Im übrigen schilderte er eingehend den Stand unserer internationalen Vereinigung und der Organisationen in den verschiedenen Ländern.

Genosse Plehl erstattete den Vorstandsbericht über die verflochtenen 5 Jahre. Die Delegierten hatten an der Tätigkeit ihrer Verbandsverwaltung nichts Bedeutendes zu kritisieren.

Genosse Lichtenecker schilderte dann das Verhältnis der Organisation zum Verband der Lebensmittelarbeiter Oesterreichs und betonte, daß jetzt, wo auf absehbare Zeit der Wunsch der deutschösterreichischen Bevölkerung auf Anschluß an das

Deutsche Reich und der Wunsch der Verbandsmitglieder auf Anschluß an den deutschen Bundesverband nicht erfüllt werden könne, nichts anderes übrig bleibe, als daß sich der Verband baldmöglichst vollständig dem Verband der Lebensmittelarbeiter Österreichs anschließen. Nach eingehender sachlicher Diskussion, in welcher die meisten Mitglieder aus Wien Bedenken gegen den Anschluß hatten, während die Delegierten aus den Provinzstädten warm dafür eintraten, wurde der Zusammenschluß einstimmig beschlossen. Außerdem wurde aber auch folgender Antrag der Ortsgruppe Graz einstimmig beschlossen: „Im Falle eines Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich wird der Verband beauftragt, mit dem deutschen Bundesverband behufs Verschmelzung in Unterhandlungen zu treten und die Verschmelzung umgehend durchzuführen.“ Die Vertreter des Lebensmittelarbeiterverbandes gaben ihrer Überzeugung dahin Ausdruck, daß im Falle der Ermöglichung des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich auch ihr Verband den Anschluß an den deutschen Verband erstreben würde.

Gemäß den Statuten der Beiträge im Lebensmittelarbeiterverband wurden dieselben auf Kr. 1 für weibliche Mitglieder, auf Kr. 1,60 in der 2. Klasse und auf Kr. 2 in der 1. Klasse für männliche Mitglieder festgesetzt. Dementsprechend wurde auch die Unterführung abgestuft.

Genosse Zipper behandelte dann in einem recht ausführlichen und sachkundigen Referat den schweren, aber schließlich erfolgreichen Kampf um die Beseitigung der Nachtarbeit in Bäckereien und Zuckerbäckereien. Die Diskussion zu diesem Punkt war recht erhehend und zeigte die Freude über diese bedeutsame Errungenschaft.

Die Verwaltung des Verbandes wurde wieder aus den bisherigen leitenden Personen zusammengesetzt.

In seinen Schlussworten würdigte Mann eingehend die bedeutsamen Arbeiten des Verbandstages und appellierte an die Delegierten, nun in der Heimat tüchtig zu arbeiten, die Organisation weiter zu stärken und zu kräftigen, um sie so zu einem bedeutsamen Gliede der internationalen Arbeiterbewegung zu machen.

Der Vorsitzende dankte den Gästen, ebenso auch den Delegierten für ihre sachlichen Beratungen und schloß den vielleicht letzten Verbandstag des österreichischen Bäcker- und Konditorenverbandes.

**An unsere Mitglieder in den Genossenschaften!**

Auf wiederholte Anfragen machen wir bekannt, daß die in der Tarifamtssitzung am 5. Juni beschlossene Feuerungszulage von 125 pSt. auf den Grundlohn zuzüglich Ortszuschlag, wie er im Reichstarif oder durch Sonderabmachungen mit den Genossenschaften abgeschlossen wurde, bezahlt werden muß. Die Feuerungszulage ist ab 1. Juli einheitlich für alle Beschäftigten, ob verheiratete oder ledige Arbeiter und Arbeiterinnen. Alle dem Tarifamtbeschlusse entgegenstehenden Beschlüsse, wie sie seinerzeit in Unterhandlungen mit den Revisionsverbänden erfolgten, wurden aufgehoben.

In Fällen, wo sich die Genossenschaften weigern sollten, die Feuerungszulage nach dem Beschlusse des Tarifamts zu bezahlen, muß uns unbedingt Mitteilung gemacht werden. Wir werden uns sofort mit der Genossenschaft in Verbindung setzen und auf die Einhaltung des Beschlusses dringen, desgleichen auch dem Zentralverband deutscher Konsumvereine hiervon Mitteilung machen. Nur, wenn so verfahren wird, können wir die sofortige Durchführung des Tarifamtbeschlusses überall erwirken.

**Zur Abstimmung.**

Eigentlich berührt wird man von der Veröffentlichung des Hauptkassierers, Kollegen Freitag, über die Notwendigkeit der Beitragserhöhung, ebenso von der ausgeschriebenen Abstimmung dazu.

Obwohl es jedem denkenden Kollegen klar ist, daß alles jetzt höhere Summen verschlingt, bin ich jedoch der Meinung, daß der jetzige Zustand nur ein Uebergang ist, daß es sich also für diese Zeit nicht notwendig macht, den ganzen Apparat in Bewegung zu setzen.

Weiter hat der Kollege Freitag einen Posten sehr schlecht in Anrechnung gestellt, und zwar: daß wir jetzt nach dem 9. November 1918 leben. Dadurch, daß für unser Organisationsleben die Gesetze ebenso gehandhabt werden wie für unsere Arbeitgeber, werden unsere Kämpfe lange nicht die Ursachen verursachen wie früher. Oder hat der Kollege Freitag vielleicht im Sinn, durch eine volle Kasse den Konsumgenossenschaften im Interesse der in unserem Verband organisierten Arbeiter mal die Verbandszähne zu zeigen? Ich glaube, vor dieser Notwendigkeit wird ihn Kollege Santos schon bewahren mit der von ihm verfertigten weißen Salbe. Allerdings hat man ja schon in der Generalversammlung der „Produktion“ in Hamburg auf die willkürlichen Lohnforderungen der Genossenschaftsarbeiter hingewiesen; aber vorläufig kommen wir in unsern Kämpfen mit diesem Arbeiterunternehmen ohne große Summen aus, und zu unsern Kämpfen mit Kleinmeistern glaube ich auch keine allzu namhafte Fonds mehr nötig zu haben, blieben also für unsere Branche noch die Brotfabriken über, die eine so große Beitragserhöhung zur Ansammlung eines Kampffonds nötig machten. Da sage ich aber auch, wir sind nach dem 9. November. Es machen sich überhaupt sämtliche Einrichtungen der Arbeiterversicherung in derselben Weise bemerkbar, daß ja dem Arbeiter nicht zuviel zur Verteilung seines Lebensunterhaltes übrig bleibt. Man ist im August sowieso jede Woche schon M. 10 los, ehe man sie verdient hat. Und so geht die Schraube ohne Ende weiter. In dieser Sache schlage ich vor, bei jeder später stattfindenden Lohnsenkung auch die Verbandsbeiträge a u t o m a t i s c h mit zu senken, allerdings prozentual. Wilhelm Brunert.

**Verbandsnachrichten.**

**Aus den Bezirken.**

Die Zahlstelle Löhmitz i. Erzgeb. hat für den Bezirk einen Arbeitsnachweis errichtet. Als Verwalter wurde Kollege Otto Müller, Aue, Wilhelmstr. 1, bestimmt. Die Adresse des Vorsitzenden der Zahlstelle Zimmern i. Thüringen ist: Johannes Heinig, Langewiesen i. Th., Lehrensförderstr. 39, 1. Et.

**Lohnbewegungen und Streiks.**

**Bäcker.**

**Lohnbewegung in Düsseldorf.** Als wir im Februar dieses Jahres unsere Lohnbewegung beendet hatten, glaubten wir, daß recht bald bessere Zeiten kommen würden. Leider wurden wir darin enttäuscht. Die Schraube zog an, und so wurden bald in unsern Kreisen Stimmen laut, die eine Lohnerrhöhung forderten. Die Ortsleitung war von der Berechtigung überzeugt, sie wollte jedoch zuerst für die Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit schaffen. Fast in jeder Fachauschussung wurde zu dieser Frage Stellung genommen. Leider muß gesagt werden, daß die Haltung der Verwaltung vom Allgemeinen Konsumverein schuld war, um nicht vorwärtskommen. Eine Einigung mit den Brotfabrikanten und den Innungsmeistern wurde daher nicht möglich. Durch das Verhalten des Konsumvereins fühlten sie sich gestärkt und lehnten nun auch jedes Einigen ab. Auch beim Demobilisierungsausschuss erreichten wir nichts. So blieb uns nichts anderes übrig, als beide Forderungen an die Unternehmer sowie beim Konsumverein einzureichen. Die Bäckereinnung lehnte sie glatt ab; vom Konsumverein wurden wir auf den Anknüpfungsweg verwiesen. Die Brotfabrikanten wandten sich an den Regierungspräsidenten um Vermittlung, worauf am 21. Juni eine Verhandlung dort stattfand. Es wurde uns eine Feuerungszulage von M. 18 pro Woche zugebilligt. In der Frage der Einstellung der Arbeitslosen wurde keine Einigung erzielt. Ein Vermittlungsbericht, daß in allen Bäckereien, wo 2 Lehrlinge beschäftigt sind, 1 Gehilfe eingestellt werden muß, außerdem, daß jeder Betrieb bei einer Verarbeitung von 14 Sad pro Woche 1 Gehilfe beschäftigen muß, für die Brotfabriken sollte die Arbeitszeit verkürzt werden, wurde, nachdem der Regierungspräsident versprach, in diesem Sinne wirken zu wollen, einer neuen Verhandlung auf den 23. Juni überwiesen. Dort wachte aber ein anderer Wind. Herr Beigeordneter Knopp eignete sich sehr als Beschützer des Kapitals. Die Brotfabrikanten, und ihnen voran der Allgemeine Konsumverein, schauten es ab, etwas in der Arbeitslosenfrage zu tun, und so verlief die Verhandlung ergebnislos. Am 24. Juni wurde nach der Berichterstattung der Lohnkommission beschlossen, am 25. Juni in den Streik einzutreten. Am Mittwoch fanden sämtliche Großbetriebe still; in den Kleinbetrieben wurde nicht getreift. Diese hatten sich bereit erklärt, auf unsern Vorschlag einzugehen, wenn die Brotfabriken auch Zugeständnisse machen. Am Mittwoch mittag fanden auf Veranlassung des Zivilkommissars Thielemann Verhandlungen statt, in welchen folgende Vereinbarung erfolgte: Die Feuerungszulage von M. 25 wird in allen Betrieben gewährt, so daß jetzt für Düsseldorf folgende Löhne gelten: In den Brotfabriken M. 119 für Tischarbeiter, M. 122 für Dienarbeiter und Teigmacher; in den Kleinbetrieben für Gehilfen in leibender Erziehung M. 117, alle andern M. 103 pro Woche. Die geforderte Entlohnungssumme wurde zurückgestellt. Die Brotfabriken sowie der Allgemeine Konsumverein verpflichteten sich, 12 Kollegen einzustellen. Bei den Kleinmeistern dürften wohl 50 bis 60 Kollegen neu eingestellt werden. Die Durchführung der Einstellungen soll durch den Reichstarif geschehen. Mit diesem Resultat waren unsere Kollegen einverstanden und es wurde beschlossen, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. Wieder haben die Düsseldorf-Kollegen bewiesen, daß Einigkeit zum Ziele führt und daß wir uns nicht von den Unternehmern verheizen lassen. Die Christen haben auch mitgemacht; die Führer merkten, daß sie sonst unter die Räder gekommen wären, sie hatten eine gute Nase. Hoffentlich bekommen wir baldigere Lebensmittel, daß wir es nicht nötig haben, in kurzer Zeit wieder Lohnforderungen zu stellen.

**Streik in den Kölner Brotfabriken.**

Am 30. Juni ist Spiel in den Brotfabriken der Streik ausgebrochen. Monatelang wurde über die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterhandelt. Trotzdem die Brotpreise in einer Höhe festgesetzt wurden, wie nicht zu erwarten, waren die Zugeständnisse so gering, daß sie zu keiner Einigung führten. Ein Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses, nach welchem sich die Lage noch mehr verschärfte, weil er ein Fehlprodukt war, schaffte die größte Erbitterung. Die wenigen Mitglieder des christlichen Verbandes arbeiteten weiter. Wir wünschen den Kollegen vollen Erfolg in ihrem berechtigten Vorgehen.

**Tarifabschluss in Bamberg.**

Wer von den Kollegen in der frommen Bischofsstadt gearbeitet hat, der wird erst verstehen, welche Mühen es kostete, mit der Bäckereinnung einen Tarif abzuschließen. Den Bäckereimistern, die meinten, es könnten die Vertreter einer freien Gewerkschaft wie Weinreisende rausgeschmissen werden, wurde recht bald begreiflich gemacht, daß die neue Zeit auch vor den Mauern Bambergs nicht haltmache. Der Obermeister, welcher in recht temperamentvoller Weise unsern Kollegen Gumpendobler zu verstehen gab: mit solchen Verbänden haben wir überhaupt nichts zu tun, wurde durch den Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses recht bald eines Bessern belehrt. Dort ist der Tarif zustande gekommen, Mindestlöhne, Ferien und Bezahlung des Lohnes bei Krankheit festgesetzt, desgleichen auch die Entschädigung für die Lehrlinge geregelt. Unsern Kollegen rufen wir aber zu: Bleibt einig und haltet das Errungene fest!

**Regensburg.**

Hinter uns liegt ein Tarifabschluss, bei welchem es galt, vor allem die miserablen Mindestlöhne auszumergen und das Klassensystem abzuschaffen. Unsere Forderungen lauteten auf M. 80, M. 85 und M. 90. Die Meister verköpften uns auf den Reichstarif und wollten deshalb nicht unterhandeln, auch sollten vorher die Brotpreise festgesetzt werden. Die Kommunalverbände Regensburg und Stadtauhof erklärten: so lange die Löhne nicht festgesetzt wären, sei an eine Brotpreiserhöhung nicht zu denken. Von uns wurde die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuss überwiesen, der den Schiedsgericht fällte, daß bei einer Brotpreiserhöhung von 3 M. M. 75, M. 80 und M. 85 Lohn bezahlt werden müsse. Die Arbeitgeber forderten 5 M. und reichten eine dementsprechende Kalkulation ein, nach welcher der Meister für seine Arbeit M. 110 und die Meisterin M. 60 pro Woche be-

anspruchte. (!) Die Gehilfenvertreter stellten demgegenüber fest, daß bei 3 M. die Lohnerrhöhung bezahlt werden kann. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Der Schiedsgericht wurde nun von den Meistern angefordert, angeblich weil Kollege Ottenbacher als unständiger Beisitzer dort fungierte. Ihre Absicht war jedoch, den Schiedsgericht unzuwerfen. Die Erregung der Kollegen wegen der Verschleppungstatist der Meister war ungemein. Kollege Gumpendobler und die Ortsverwaltung wurden wiederholt bei den maßgebenden Behörden vorstellig, um die Sache zu beschleunigen. Der Erfolg war, daß die Kollegen ab 1. Juni wöchentlich M. 30 Feuerungszulage erhielten. Diese Zulagen wurden von den Kommunalverbänden getragen, um einen Streik hintanzuhalten. Voraussetzung aber war, daß der Schiedsgericht bis 1. Juli in Kraft trete. In einer nochmaligen Unterhandlung mit den Bäckereimistern ist es gelungen, den Schiedsgericht mit unwesentlichen Änderungen zu unterzeichnen. In den Löhnen der Gehilfen wurde nichts geändert, nur die Lehrlingslöhne erfuhren eine kleine Reduzierung. Der Brotpreis wurde um 3 M. erhöht. Mitin können sich auch die Regensburger Löhne in Deutschland wieder sehen lassen. Es ist nun Aufgabe der Kollegenstadt, das Erreichte auch eingehalten. Für Schmarozker darf jetzt kein Platz mehr sein. Wir sind noch nicht am Ziele. Wer bürgt dafür, daß uns nicht durch fortwährende Preissteigerung alles wieder abgenommen wird. Dann zu neuen Kämpfen! Darum alle in die Organisation; denn nur diese verbessert uns die Lohn- und Arbeitsbedingungen.

**Korrespondenzen.**  
**An die Berichterstatter und Schriftführer der Versammlungen.**

Infolge des beschränkten Raumes, der uns zur Verfügung steht, ersuchen wir alle Kollegen, welche Berichte über Versammlungen oder sonstige Arbeiten für unsere Zeitung einreichen, sich bei allen ihren Arbeiten kurz zu fassen. Ausschmückerungen wolle man jetzt weglassen. Nur kurz sollen die wichtigsten Beschlüsse erwähnt werden. Ueber Versammlungen ist nur dann ein kurzer Bericht einzuschicken, wenn Beschlüsse gefaßt wurden, die auch für die Allgemeinheit von Interesse sind. Auszüge aus Referaten oder der Diskussionsreden sollen unterbleiben. Wo sie dennoch in Versammlungsberichten gebracht werden, müssen wir sie streichen. Desgleichen können wir auch nicht mehr Tarifvorlagen oder abgeschlossene Tarife veröffentlichen. Man handle überall nach dem Grundsatz: In der Kürze liegt die Würze. Dann bieten wir viel und alle kommen zum Wort.

**Weinmann.** Am 20. Juni fand die Gründungsversammlung der heiligen Zahlstelle statt. Nach erledigter Vorstandswahl hielt Kollege Jber aus Düsseldorf eine kurze Ansprache, in der er auf die Entwicklung der Organisation am Orte hinwies. Im Januar, als die Bewegung eingeleitet wurde, hatten wir nur 1 Mitglied, heute sind 65 Mitglieder vorhanden. Es muß nun unsere Aufgabe sein, alle aufzuklären. Er forderte die Kolleginnen und Kollegen auf, nun ihrerseits alles daranzusetzen, damit die junge Zahlstelle lebensfähig bleibe und noch weiter erblüht. Als Vertreterslot wurde der „Weinmann Hof“ bestimmt. Nun rüstig vorwärts! Es ist noch ein großes Arbeitsfeld zu beackern. Noch viele Kolleginnen und Kollegen sind für uns zu gewinnen, und sie müssen gewonnen werden. Durch Kampf zum Sieg!

**Meuselwitz i. S.-A.** In der Halbjahrsversammlung am 22. Juni ehrte Kollege J. Müller in anerkennenden Worten das Aichen des Kollegen F. Trommsdorff. Der Geschäfts- und Kassenbericht gab zu Aussetzungen keine Veranlassung und bietet für die Zukunft gute Aussichten. Die Zusammenlegung des Fachauschusses ist trotz Protestes noch nicht im Sinne der Verordnung erledigt. Von der Behörde wurden 1 Verbandsvertreter und 2 Innungs-treue anerkannt. Die Versammlung kam daher zu dem einstimmigen Beschlusse, einen nochmaligen Protest einzureichen. Auch wurde beschlossen, beide Unorganisierte zu einer Sitzung zu laden. Eine lebhaft Debatte entspann sich über den vom Kollegen Freitag gebrachten Artikel. Die Versammlung war sich einig, daß Geld der Lebensnerv jeder Organisation ist, nur konnte keine Lebereinstimmung darin erzielt werden, auf welche Weise der Finanzverwaltung Hilfe gebracht werden könne. Ein Antrag, welcher besagt, laufend Kampffondsmarken zu fischen, wurde zurückgestellt, weil der vom Kollegen Freitag erdachte Mahnruf voranzuhlen läßt, die Verwaltung unserer Organisation werde in Kürze doch dazu kommen müssen, die Wochenbeiträge zu erhöhen. Kollege Seifert erhaltete noch Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftsartells. Der Erhöhung der Kartell- und Bildungsbeiträge wurde zugestimmt. Die vom Tarifamt beschlossene Erhöhung der Feuerungszulage in den Genossenschaften wird zur Kenntnis genommen.

**Bäcker.**

**Breslau.** (Ein Anfall der Gelben.) Seit längerer Zeit beabsichtigten die Gelben in Breslau mit einer großen Versammlung in die Öffentlichkeit zu treten. Daß die Versammlung eine große wurde, dafür sorgten andere Verbandskollegen, aber auch dafür, daß die Blamage für die Gelben eine gründliche war. Unzählige Handzettel, auf welchen in großen Worten der Name Wischnowsky prangte, brachten unsere Kollegen auf die Beine. Niemand von den älteren Kollegen hatte diesen sauberen Herrn vergessen, was er in früheren Jahren an den Breslauer Kollegen geübt hatte. Leider war er nicht erschienen. Ob er ahnte, was ihm in Breslau bevorstand? In seiner Stelle sprach Fabian. Das Thema lautete: „Die Sozialisierung im Bäckergewerbe.“ Was über die Sozialisierung gesagt wurde, war recht wenig und so inhaltlos, daß der jüngste Kollege über die Freiheit staunte, wie ein solcher Mensch sich erlauben konnte, über diese

konkretisierte Frage zu sprechen. In der Aussprache fertigten die Kollegen Grindel, Soed, Jäckel und Wasse den forderbaren „Geschäftsvertrager“ gebührend ab. Im Schlusswort war es nicht mehr möglich, daß er sich Gehör verschaffen konnte. Die Kollegen waren demnach bereit über die Freiheit der Gelben, daß es nur der Besonnenheit unserer Breslauer Kollegen zu verdanken ist, wenn es nicht zu Tätlichkeiten gegen diese Geschiffsvertrager kam. Ein Antrag, dem Verbands- und der Zeitung am Orte das Vertrauen auszusprechen, wurde einstimmig angenommen. Wir glauben, daß die Gelben von dieser Aufführung genug haben und sich in Zukunft vorziehen werden. Sollte aber Günstigen Appetit bekommen, die Breslauer Kollegen werden ihm gebührend antworten.

**Cottbus.** Zu der am 24. Juni einberufenen Versammlung waren der Vorstand der Innung und eine große Anzahl Mitglieder, Herr Stadtrat Luchterhand für den Magistrat, Herr Bräuer vom Arbeiterrat und die Herren Jurke und Lehmann vom Kartell erschienen. Der Sachausschuß konnte nichts erreichen, weil er beim Magistrat auf Widerstand stieß. Die außerordentlich lebhaft und ausgedehnte Aussprache, welche nach dem Referat des Kollegen Weiß einsetzte, brachte die Klärung, daß es an beiderseitigem Verstehen und guten Willen gefehlt hat. Die Vertreter des Magistrats und des Arbeiterrats erklärten ihr volles Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten bezüglich der Lehrlingsfrage. Besonders Herr Stadtrat Luchterhand verurteilte mit aller Schärfe das Verhalten der „Lehrlingsjücker“ und erklärte mit aller Offenheit, daß die Stadt kein Interesse am Bestehen der Zwergbetriebe in der Bäckerei hat. Seit Wiederöffnung der kleinen Betriebe ist zur Herstellung derselben Sachware ein Mehr von 1000 Zentner Kohlen pro Monat für Cottbus erforderlich. Das ist eine Vergrößerung an Nationalvermögen. Die bewegliche Klage des Herrn Obermeisters wegen allgemeiner Unrentabilität im Beruf, wies Herr Stadtrat kurz und treffend zurück, indem er erklärte: „Ein großer Teil der Bäckermeister hat es ebenfalls vorzüglich verstanden, die Konjunktur auszunützen und sich die Taschen zu füllen. Man kann von allgemeiner Unrentabilität nicht sprechen, wenn sich Berufsangehörige mit M. 30 000 Einkommen einschätzen, in Wirklichkeit aber M. 50 000 haben.“ Diese Abfertigung genügt. Die Brotpreiserhöhung um 2 1/2 pro Pfund wurde im Prinzip zugestanden, wenn die berechtigten Forderungen der Gesellen erfüllt werden; insbesondere wenn die leistungsfähigen Lehrlingsjücker sich verpflichten, Gesellen einzustellen. Auch wird den Mitgliedern des Sachausschusses das Kontrollrecht zugestanden werden. An Stelle des Herrn Gottwald, welcher das Amt des Vorsitzenden des Sachausschusses niedergelegt hat, ist Herr Fachschullehrer Stoffe bestellt und beauftragt worden und wohnt der Versammlung ebenfalls bei. Die Kollegen müssen nun die Verhandlungen energischer wahrnehmen. Stellt sich auf den Boden der Tatsachen, nur dann werden wir etwas erreichen. Einigkeit und Geschlossenheit in der Organisation kann uns nur helfen. Darum muß auch der letzte Kollege für den Verband gewonnen werden.

**Internationales.**

**Wiedereinführung der Nacharbeit in den Bäckereien der Schweiz.** Vom 1. Juli an ist der Verkauf von frischem Brot wieder zulässig. Dadurch ist auch die Gefahr der Wiedereinführung der Nacharbeit in den Bäckereien stark in die Nähe gerückt. Alle Bemühungen seitens der Organisation, ein dauerndes gesetzliches Verbot der Nacharbeit zu erzielen, sind bisher gescheitert. Diesbezügliche Unterhandlungen mit der Organisation der Bäckermeister sind noch nicht zum Abschluss gekommen. Wohl hat man sich dort im Prinzip mit dem Verbot der Nacharbeit zwischen 8 Uhr abends und 4 Uhr morgens einverstanden erklärt. Die Abmachung bedarf aber noch der Ratifikation durch die Generalversammlung der Bäckermeister. Es werden sicher dann noch viele Wochen vergehen, bis diese Vereinbarung vom Bundesrat für alle Betriebe als verbindlich erklärt wird. Mit Recht befürchten aber unsere Kollegen für diese Übergangszeit die Gefahr, daß die Nacharbeit wieder eingeführt wird. Es soll daher alles versucht werden, um das zu vermeiden. Gegen alle Betriebe, die dennoch die Nacharbeit wieder einführen, soll mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln vorgegangen werden. Vom Gewerkschaftsbund ist die zugesicherte Unterstützung bereits in einem Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft, die Bäcker in ihrem Kampf um die endgültige Beseitigung der Nacharbeit zu unterstützen, verwirklicht worden. Wir wünschen unsern Schweizer Kollegen einen vollen Erfolg und erwarten von den in der Schweiz beschäftigten Bäckern aus Deutschland, daß sie in diesem Kampfe ihren Mann in den vordersten Reihen stellen werden.

**Abschluß Rudolfs.**

**Schwedens Getreidehandel in der Übergangszeit.** Eine für die Regelung des schwedischen Getreidehandels in der Übergangszeit eingesezte Sachverständigenkommission hat der Regierung folgende Vorschläge unterbreitet, welche zwei Möglichkeiten vorziehen:  
Begrenzung der Einfuhr mit Ausgleich des inländischen Produktions- und des Importpreises durch postulare Getreidemonopole und andererseits auto-matische Regelung durch einen Einfuhrzoll mit einer durch die Unsicherheit des Weltmarktes bedingten gleitenden Skala. Unterchieden wird in dem Gehalt der während der Zeit der Geltung der postulierten Minimumpreise (im April 1920) und den Übergangsjahren bis zum Ausgleich der Weltpreiserhältnisse. Für ersteres — bis im Juni 1920 — soll der Staat das ausschlaggebende Recht auf Einfuhr von Getreide behalten und auch bei einer Preisfestsetzung für Weizen Abstand nehmen, die den Preis unter das den schwedischen Getreidebauern erscheidende Niveau drücken würde. Das Einfuhrmonopol soll durch die bestehende Getreideabtei-

lung der Volkshaushaltungskommission oder eine besondere neu zu bildende Stelle oder die Vereinigung schwedischer Mühleninteressenten unter Staatsaufsicht ausgeübt werden. Für die Zeit nach der Aufhebung der Minimumpreise rechnen die Sachverständigen mit einem Preisfall auf Getreide, durch die Möglichkeit, den Bedarf des Landes im Inlande zu produzieren, in Frage gestellt würde, und der naturgemäß die tiefgehendsten Folgen für das schwedische Wirtschaftsleben haben würde. Um den starken Unterschieden zwischen einheimischen Herstellungspreisen und den Einfuhrpreisen für Getreide zu begegnen, wird eine gleitende Zollsala vorgeschlagen, da man der Ansicht ist, daß feste Zollsätze leicht zu niedrig sind, um die einheimische Landwirtschaft zu schützen, andererseits bei anderer Weltpreisentwicklung leicht über die notwendige Höhe hinausgehen können. Das neu vorgeschlagene System bringt einen Preiszuschlag auf eingeführte Ware, die bei steigenden Einfuhrpreisen fällt, bei fallenden steigt. Voraussetzung der richtigen Wirkung der Zollsala ist die richtige Berechnung des inländischen Produktionspreises, wofür ein Sachverständiger eine angeblich zuverlässige Methode ausgearbeitet hat. Der Zollsatz soll so festgesetzt werden, daß er nur einen Teil des Preisunterschiedes deckt. Hiernach kann die einheimische Landwirtschaft nicht ganz den Vorteil des im Lande geltenden Normalpreises genießen, sondern muß einen Teil des Preisfalles auf dem Weltmarkt auf sich nehmen, so daß die Preisunterschiede vom einheimischen und Einfuhrgetreide sich gleich auf die Konsumenten verteilen. Dementsprechend soll der Zollsatz sich auf einen Betrag belaufen, der den halben Preisunterschied zwischen einheimischem Normalpreis und dem für eine gewisse Periode berechneten Einfuhrpreis ausmacht. Wenn der Unterschied weniger als 1 Krone für 100 kg beträgt, soll kein Zoll erhoben werden. Da vor dem Krieg der Zollsatz auf Roggen und anderes dem für Weizen gleichsam wird vorgezogen, daß auch jetzt in Schweden eingeführter Roggen und anderes Korn mit einem dem Weizenpreis entsprechenden Zollsatz belegt wird. Schließlich soll der Zollsatz auf Mehl und Gerste auf den Betrag festgesetzt werden, der mit 75 b. D. den gleichzeitigen geltenden Satz auf die entsprechende Getreideart übersteigt.

**Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.**

- Samstag, 13. Juli:**  
Bremburg: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schulstraße 17. — Bremerhaven-Greifemünde: Vorm. 10 Uhr bei Frau Bremerhaven. — Buer: Vorm. 10 Uhr bei Brau-mann, Eißnerstraße 5. — Oberhausen i. Rhld.: 8 Uhr, „Fürst Bismarck“, Götterkirch- und Mauerstraße. — Osnabrück: Vorm. 10 Uhr, „Osnabrücker Hof“. — Rostock: Vorm. 10 Uhr, „Philharmonie“, Doberaner Straße. — Sonneberg i. Th. (Öffentliche Versammlung): 1 Uhr im Bahnhofs-Hotel in Laufsha.
- Montag, 14. Juli:**  
Dorf i. B.: 5 Uhr.
- Dienstag, 15. Juli:**  
Ratibor: Im Volkshaus.
- Mittwoch, 16. Juli:**  
Blauen i. B.: Im „Schillergarten“.
- Donnerstag, 17. Juli:**  
Hensburg: 8 Uhr, Schloßstr. 42. — Guben: 7 Uhr, „Schwarzer Bar“.
- Freitag, 18. Juli:**  
Gelsenkirchen: 7 Uhr bei Jürgens, Alter Markt. — Götting: 7 Uhr, „Goldenes Kreuz“, Langenstr. 37. — Hof i. B.: Im „Bürgerbräu“, Götter König- und Alsenberger Straße.
- Sonntag, 20. Juli:**  
Offen a. d. R.: Vorm. 10 Uhr im Restaurant Spahn, Steeler Straße.

**Spätestens am 12. Juli ist der 29. Wochenbeitrag für 1919 (13. bis 19. Juli) fällig.**

**Anzeigen.**

**Bäcker-Gesangverein „Concordia“, Hannover.**  
Mittwoch, den 16. Juli 1919, abends 8 Uhr:  
**Generalversammlung**  
im Bäckereihause.  
Um vollständiges Erscheinen sämtlicher aktiven sowie zahlender Mitglieder wird dringend gebeten. Für Zuspätkommen 50 %, für unentschuldigtes Fehlen M. 1 Strafe.  
[M. 11] Der Vorstand.

**Berichtslokal und Treffpunkt der Stuttgarter**  
Kollegen- und Verbandsmitglieder täglich beim Kollegen Hack, „Eplinger Hof“, beim Charlottenplatz. [M. 5]

**Wo treffen sich die Bäcker von Hannover-Linden?**  
Jeden Donnerstag und Sonntag  
bei Fritz Wolf, Schillerstr. 4. [M. 5]

**Für flüssiges Eiweiß**  
empfehlen wir das behördlich genehmigte  
**! Schaumweiß !**  
Schaumweiß wird hergestellt unter Verwendung garantiert reiner Eihnereweisse.  
Schaumweiß dient zur Herstellung aller Arten von Schaumweissen, Torten und Gebäcken, Pasteten usw.  
Schaumweiß gibt einen festen Schum, es ist backfähig und sofort gebrauchsfähig.  
Schaumweiß wird infolge seiner Reinheit im Geschmack und in der Herstellung überall bevorzugt.  
Vertrieb durch die  
**Asiatische Handels-Gesellschaft**  
m. b. H.  
Hamburg 1, Hackmannplatz 2.  
[M. 40] Spezialhaus für  
**Eigelb Eiweiß**  
für den Bäcker- und Konditoreibedarf.

**Kuchenreutisch** [M. 45]  
in ganz Deutschland beliebt zum Streichen der Formen und Bleche. 1 kg M. 7,50, von 5 kg an M. 7,00, etc. Flasche.

**Extrakte, Essenzen und Farben**  
laut Spezialpreisliste. Probefläschen von 1/8 kg M. 34,00 oder 1/4 kg M. 65,00, Flasch. Bittermandel, Vanille, Apfelsinen-, Himbeer-, Rum-, Butteraroma-Extrakt.  
**Glasur-Tabletten** 1/2 Dose M. 18,00  
**Aroma-Tabletten** 1/4 „ „ 4,75  
**Farb-Tabletten** rot, gelb, braun, gelb, 1/2 Dose M. 17,50, 1/4 Dose M. 4,50.

**Extrakte** in 1/2 Flaschen z. 35,- 1/2-Verl. | in Kart. zu 50  
**Aeth. Öle** „ 75 „ | „ 100-Flaschen  
in Mandel-, Zitronen-, Kuchens- und Vanille-Geschmack.

**Bäckpulver** 1 kg M. 4,60, Postpaket 4 kg M. 20,25.  
**Bäckpulver** in Beuteln zum 12-Verkauf, 1 Karton 100 Stück M. 9,00.  
**Sirichhornsalz** (amm. carb. pulv.) beste Kristalle, zum billigsten Tagespreise.

**Schaumweissepulver** auch als Gispulver zu verwenden, zum billigsten Tagespreise.  
**Sidol** zu behandeln wie flüssig. Eiweiß, in 1, 5, 12 u. 25 Liter-Flaschen, 1 Liter M. 4,50, etc. Flasche.  
**Holzstreuemehl** weiß und brotfähig, 1 Zentner M. 20,00, iml. Futterack.

**Zackerrübenmehl** 1 kg M. 4,00  
**Rübenmischmehl I** 1 „ „ 3,60  
**Rübenmehl II** 1 „ „ 3,00  
**Kohlrübenmehl** 1 „ „ 2,80  
**Nussmehl** 1 „ „ 1,14  
Don 50 kg bedeutend Preisermäßigung

Verband ab hier gegen Nachnahme.  
**Liebing & Co., G. M. B. H., Leipzig-R. 5,**  
Kohlgartenstr. 17. Telefon 2290.

**Schwaben-Plage**  
besitzt „Schwabenplage“ M. 1,50, 3 Schacht M. 4,25.  
Bakterien-Präparate: „Wundplage“ M. 1,75, „Rattenplage“ M. 2; ein Stübchen für 20 cm ausreichend. Unschädlich für andere Tiere. „Wundplage“ M. 2,25, 4,25 usw. Zahlreiche Anerkennungen. [M. 10]  
Apothek. H. B. Sittig & Co., Berlin W 9, Straße 79.

**Plechtenwunden**  
offene Wunden, Krampfadern, aberleiden heilt so-gar in verweilenden Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hautbildende, schmerz- und juckreiz-lindernde „Water Philipp-Salbe“. Preis M. 2 und M. 3,75; erhältlich in Apotheken. Man bitte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei  
TUTOGEN-LABORATORIUM, Seitzkehmen-Rominten 303. [M. 9]

**Sie rauchen zu viel!**  
„Rauchertrost“  
Tabletten (gesetzlich geschützt) ermöglichen, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Unschädlich!  
1 Schachtel M. 2,00 — frei Nachnahme,  
6 Schachteln M. 10,00. [M. 8]  
Versand Hansa, Abt. 192, Hamburg 25.